

# DIE THÜRINGER LANDTAGSWAHL AM 10. FEBRUAR 1924 UND IHRE KONSEQUENZEN FÜR DIE WEITERE POLITISCHE ENTWICKLUNG DES LANDES

Am 12. Februar 1924 jubelte der Kommentar der im reaktionären Lager angesiedelten Weimarerischen Zeitung: »Der Ausgang der Thüringer Wahlen ist ein ebenso erfreulicher wie vollgültiger Beweis für das Erstarken des nationalen und völkischen Gedankens in allen Schichten der Bevölkerung [...]. Nun heißt es: Nicht rasten und nicht ruhen, denn wir stehen erst am Anfang. Die Vollendung, der endgültige Sieg des deutschen Lebenswillens muß erst noch erkämpft werden. Ein starkes Bollwerk der roten und damit auch der goldenen Internationale ist gefallen. [...]«<sup>1</sup>

Tatsächlich war die sozialdemokratische Hochburg Thüringen, in der die SPD bei den Reichstagswahlen 1912 fast die Hälfte aller Wählerstimmen erhalten, MSPD und USPD<sup>2</sup> zu den Wahlen für die kleinstaatlichen Landtage im Frühjahr 1919 zwischen 50 und mehr als 60 Prozent Stimmenanteil verzeichnet, und beide Parteien gemeinsam mit der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) bei der Wahl für den 11. Thüringer Landtag am 11. September 1921 noch einmal eine knappe Mehrheit der Mandate erreicht hatten, bei der vorzeitigen Landtagsneuwahl am 10. Februar 1924 in ihren Grundfesten zutiefst erschüttert worden. Die SPD war auf einen Stimmenanteil von 23,1 Prozent abgesunken.<sup>3</sup>

Die diesbezüglichen Ursachen und Konsequenzen wurden bereits skizziert<sup>4</sup> und können hier nachfolgend nur umrissen werden. Dass eine Mischung aus Antisozialismus und Antikommunismus, Republikfeindschaft

<sup>1</sup> Weimarerischen Zeitung, 12.02.1924. Der antisemitische Begriff »Goldene Internationale« bezeichnete das angeblich jüdisch beherrschte internationale Finanzkapital als Instrument der vom Antisemitismus konstruierten jüdischen Weltverschwörung zur Eroberung der Weltherrschaft. Mit dem Begriff wurde zugleich eine Gemeinsamkeit zwischen dem Finanzkapital und der internationalen Arbeiterbewegung konstruiert. So hieß es im Thüringer Landtagswahlkampf 1924 bei den Völkischen: »Die Begründung einer Idee auf der Internationale« müsse scheitern, weil sie auf der Grundlage »des Judentums und des Mammonismus« basiere. Weimarerische Zeitung, 03.02.1924.

<sup>2</sup> Während des Ersten Weltkrieges hatte sich die SPD aufgrund ihrer innerparteilichen Differenzen in der Frage der Unterstützung des Krieges gespalten. Die Mehrheit, die bis 1922 als Mehrheitssozialdemokratische Partei (MSPD) agierte, schloss Anfang 1917 die kriegsgegnerische Minderheit aus, die daraufhin die Unabhängige Sozialdemokratie (USPD) gründete. Im Herbst 1922 vereinigten sich beide Parteien wieder.

<sup>3</sup> Dressel, Guido: Quellen zur Geschichte Thüringens. Wahlen und Abstimmungsergebnisse 1920–1945. Erfurt 1995. S. 10–35.

<sup>4</sup> Ehrlich, Lothar; John, Jürgen (Hrsg.): Weimar 1930. Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur. Köln Weimar Wien 1998.

und Antisemitismus, den Intrigen von Reichswehr und Justiz im Zusammenspiel mit der bürgerlichen Presse gegen sozialdemokratische Landesminister und republikanische Beamtinnen und Beamte letztlich erfolgreich sein konnte, hatte tiefere Ursachen. Thüringen war zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht nur eine sozialdemokratische Hochburg, sondern zugleich ein Hort des Antisozialismus gewesen.<sup>5</sup> Hier war ein dichtgepacktes völkisches Netzwerk entstanden, dessen Akteure die Weimarer Republik und ihre parlamentarische Demokratie sowie die sozialistische Arbeiterbewegung mit allen Mitteln bekämpften.<sup>6</sup> Eine massive Zunahme erfuhren diese antisozialistischen und antirepublikanischen Tendenzen bei großen Teilen des Bürgertums und der ländlichen Bevölkerung<sup>7</sup> infolge der existenziellen Krise der Weimarer Republik im Jahr 1923. Sie resultierte aus dem »passiven Widerstandes«, mit dem die Reichsregierung unter Reichskanzler Wilhelm Cuno auf die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen Anfang Januar 1923 reagiert und damit Deutschland an den Rand des völligen Zusammenbruchs geführt hatte. Die Hyperinflation, die gravierendste Folge der Politik der Cuno-Regierung, bedeutete für große Teile der Bevölkerung eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe.<sup>8</sup>

Die »antisozialistischen Bürger- und Bauernallianz«<sup>9</sup>, die sich seit 1921 in Opposition gegen die Reformpolitik der sozialdemokratischen Landesregierung unter August Frölich zunehmend radikalisiert hatte, erhielt Anfang November 1923 aktive Unterstützung durch die Reichswehr, die aufgrund des am 27. September 1923 von Reichspräsident Friedrich Ebert verhängten Ausnahmezustands in Thüringen eingerückt war. Der Frölich-Regierung hatten seit dem 16. Oktober 1923 auch kommunistische Minister angehört. Der Regierungseintritt der KPD, die 1921/22 infolge ihrer Einheitsfrontpolitik die sozialdemokratische Reformpolitik unterstützte, war Bestandteil ihres von der sowjetischen Führung inspirierten Aufstandsplans. Nach dessen Scheitern – bereits am 21. Oktober 1923 hatte sich die sächsische Sozialdemokratie auf der Chemnitzer Betriebskonferenz dem kommunistischen

<sup>5</sup> Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949. Köln Weimar Wien 2011.

<sup>6</sup> Ulbricht, Justus H.: Kulturrevolution von recht. Das völkische Netzwerk 1900–1930. In: Heiden, Detlev; Mai, Gunther (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen. Weimar Köln Wien 1995. S. 29–48.

<sup>7</sup> Rudolph, Karsten: Untergang auf Raten. Die Auflösung und Zerstörung der demokratischen Kultur in Thüringen 1930 im regionalen Vergleich. In: Ehrlich, John (Hrsg.): Weimar 1930. S. 17–29.

<sup>8</sup> Hierzu u. a.: Ullrich, Volker: Deutschland 1923: Das Jahr am Abgrund. München 2022.

<sup>9</sup> Rudolph, Karsten: Die Thüringer Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik. Erfurt 2018. S. 100.

tischen Generalstreikaufruf, mit dem der »Deutsche Oktober« beginnen sollte, verweigert – waren die kommunistischen Minister aus der Frölich Regierung am 12. November 1923 ausgetreten. Damit – und mit ihrem Antrag auf vorzeitige Auflösung des Landtages – hatte die KPD letztlich ihren spezifischen Beitrag zum Ende der sozialdemokratischen Landesregierung geleistet.<sup>10</sup>

Während der Schutz vor den an der thüringischen Südgrenze zu Bayern aufmarschierten faschistischen Kampfverbänden als ihr offizieller Auftrag galt, konzentrierte sich das Vorgehen des Militärs nicht nur auf die Entwaffnung der kommunistischen proletarischen Hundertschaften, sondern richtete sich hauptsächlich gegen sozialistische sowie bürgerlich-demokratische Unterstützerinnen und Unterstützer der Republik einschließlich der sozialdemokratischen Landesregierung. Unter den Bedingungen des militärischen Ausnahmezustands erfolgte schließlich am 10. Februar 1924 die vorzeitige Neuwahl des Thüringer Landtages. Nicht zuletzt infolge der massiven Benachteiligung der beiden Arbeiterparteien durch die indirekte sowie direkte Einflussnahme des Militärs kam es in deren Ergebnis zu einer rechtskonservativ-völkisch-nationalsozialistischen Landtagsmehrheit. Die von ihr gebildete Regierung des Thüringer Ordnungsbundes vollzog einen grundlegenden Politikwechsel, der Thüringen zu einem Ort des Demokratie- und Kulturabbaus, zu einer Hochburg der Republikfeindschaft und zu einem »Eldorado rechtsextremistischer Kreise«<sup>11</sup> machte.

## Thüringer Ordnungsbund und Völkische Liste

Trotz seines Wahlerfolgs am 10. Februar 1924 sah sich der *Thüringer Ordnungsbund* (ТОВ) vor das Problem gestellt, dass er aufgrund des erstmaligen Einzugs von sieben rechtsextremistisch-nationalsozialistischen Abgeordneten der *Vereinigten Völkischen Liste* (VVL) in ein deutsches Landesparlament,<sup>12</sup> die absolute Mehrheit verfehlt hatte. Zwar sei das Ziel – die Beseitigung der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit im Landtag – erreicht worden, dennoch ließ »das Wahlergebnis bei allen, die dem schönen thüringischen Lande eine einheitliche, stabile, zu wirklicher praktischer Arbeit fähige

<sup>10</sup> Hierzu u. a.: Hesselbarth, Mario: *Die Arbeiterregierung in Thüringen 1923*. Erfurt 2023.

<sup>11</sup> Ehrlich, Lothar; John, Jürgen (Hrsg.): *Weimar 1930*. S. XXIV.

<sup>12</sup> Tracey, Donald: *Der Aufstieg der NSDAP bis 1930*. In: Heiden, Detlev; Mai, Gunther (Hrsg.): *Nationalsozialismus in Thüringen*. Weimar Köln Wien 1995. S. 53 (S. 49–72).

und durch innere Kämpfe nicht allzu sehr gehemmte Regierung wünschen, keine reine Freude aufkommen.«<sup>13</sup>

Am Ordnungsbund hatten sich die Oppositionsparteien des II. Thüringer Landtages, der *Thüringer Landbund* (TLB), die *Deutsche Volkspartei* (DVP), die *Deutsch-Nationale Volkspartei* und die *Demokratische Partei* (DDP) sowie die »maßgebenden wirtschaftlichen und vaterländischen Verbände«<sup>14</sup> des Landes beteiligt. Dass damit zunächst auch völkisch-nationalsozialistische Kandidaten an diesem Bündnis beteiligt waren, stellte für die Thüringer DDP zwar eine unangenehme Begleiterscheinung, aber kein Problem dar. Ende Dezember erklärte der Thüringer DDP-Vorsitzende: »Wir müssen diese Frage ohne jede Gedankenstarrheit, mit offenem Wirklichkeitssinn zu lösen versuchen. Ich gebe zu, dass es für einen linksstehenden Demokraten schwer ist, einer Liste seine Stimme zu geben, auf der auch Namen extrem rechtsgerichteter Männer enthalten sind [...].« Doch die Wirklichkeit lehre, dass es keine akzeptable Alternative zu einer bürgerlichen Einheitsliste gebe, wenn die DDP ihren Beitrag zur Verhinderung einer erneuten sozialistischen Mehrheit im zukünftigen Landtag leisten wolle. Nur so könne die Thüringer Sozialdemokratie von erneuten sozialistischen Experimenten abgehalten und »zur Mitarbeit in aufbauendem Sinne«<sup>15</sup> gebracht werden. Über die Einheitsliste würde so verwirklicht werden können, was die DDP seit der Gründung des Landes angestrebte hatte, eine Große Koalition aus TLB, DVP, DDP und Sozialdemokratie. Nach der Wahl vom 10. Februar 1924 hoffte die Thüringer Demokratische Partei, auf die es bei der Regierungsbildung nun schon nicht mehr ankam, dass sie infolge eines Verzichts des TOB auf die Unterstützung der Völkischen dennoch eine Schlüsselrolle in der zukünftigen großkoalitionären Regierung einnehmen könnte.<sup>16</sup>

Tatsächlich schien auch der TLB zunächst auf die Unterstützung der vvl verzichten zu wollen, jedenfalls schloss er eine Koalition mit der Sozialdemokratie nicht definitiv aus. Eine neue Landesregierung müsse aber unbeeinflusst von den Belastungen der Vergangenheit in Thüringen Ordnung schaffen, erklärte der Landbund zum Wahlergebnis.<sup>17</sup> In dieser Reaktion zeigte sich, dass ihm mit der vvl eine unerwünschte Konkurrenz

<sup>13</sup> Jenaer Volksblatt, 12.02.1924.

<sup>14</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 22.12.1923.

<sup>15</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 27.12.1923.

<sup>16</sup> Jenaer Volksblatt, 12.02.1924.

<sup>17</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 16.02.1924.

auf gleicher ideologischer Grundlage erwachsen war. »Die vaterländisch-völkischen Ziele und Richtlinien des Landbundes haben den Versuch, in nennenswertem Umfang in Landbundkreise einzubrechen, verhindert.«<sup>18</sup> Ebenso hatten sich insbesondere die Deutschnationalen während des Wahlkampfes veranlasst gesehen, im eigenen Milieu ihre Beteiligung am Ordnungsbund rechtfertigen zu müssen.<sup>19</sup> Den Völkischen und Nationalsozialisten war es indes im Unterschied zum Ordnungsbund nicht ausschließlich um die Ablösung der sozialdemokratischen Landesregierung gegangen, wenngleich sie sich in ihrer antisozialistischen Grundhaltung vom TOB nicht unterschieden. Mit ihrem eigenständigen Wahlantritt hatte die vVL für sich in Anspruch genommen, »eine neue, alle marxistischen und weltkapitalistischen Parteien bekämpfende Staatslehre« zu vertreten, die »zu jeder Stunde unbedingt rein bleiben und ihren Kampf für die Idee klar und frei von Kompromissen führen« würde.<sup>20</sup> Auf dieser Linie diktierte sie dem Ordnungsbund ihre Tolerierungsbedingungen, da sie vornherein erklärt hatte, sich nicht an der Landesregierung zu beteiligen. Sie würden »aber eine Regierung mitwählen, die nur aus deutsch-blütigen, nichtmarxistischen Männern besteht [...]«<sup>21</sup>

Unmittelbar vor dem Zusammentritt des neu gewählten Landtages war in der thüringischen Presse offenbar gut begründet spekuliert worden, der zukünftigen Landesregierung würden auch DDP-Politiker angehören.<sup>22</sup> Nach der Regierungswahl musste der demokratische Landtagsabgeordnete Hermann Anders Krüger jedoch öffentlich erklären, warum dem letztlich nicht so war. Da die DDP keinen Unterschied zwischen Menschen mache und sie sie weder nach ihrem Geschlecht noch nach ihrer Konfession beurteile, könne sich seine Partei nicht an einer Regierung unter den Bedingungen der vVL beteiligen. Dennoch erwartete Krüger, der den Hauptunterschied zwischen den im Landtag vertretenen Parteien weiterhin in der Eigentumsfrage sah, dass sich die unter dem DVP-Politiker Leutheuser gebildete Landesregierung »vorsichtig auf den Bahnen ausgleichender Gerechtigkeit bewegen würde«<sup>23</sup>. Diese illusionäre Hoffnung musste die Thüringer DDP bereits nach wenigen Wochen aufgeben und ihre Unter-

<sup>18</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 16.02.1924.

<sup>19</sup> Schulz, Andreas: Woher kamen die Wähler der Vereinigten Völkischen Liste bei der thüringischen Landtagswahl von 1924. In: Zeitschrift für Thüringische Geschichte Bd. 77 (2023) S. 151–153 (S. 145–166).

<sup>20</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 15.02.1924.

<sup>21</sup> Weimarerische Zeitung, 17.02.1924.

<sup>22</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 18.02.1924.

<sup>23</sup> Jenaer Volksblatt, 26.02.1924.

stützung der Ordnungsbundregierung faktisch beenden. Am 15. April 1924 erklärte ihr Abgeordneter Krüger im Landtag, der Rücktritt des nur wenige Wochen zuvor ins Amt gekommenen Finanzministers Dr. Stolze habe gezeigt, »dass der Einfluss des völkischen Blocks in einer für Thüringen unheilvollen Weise zu wirken beginnt und zu einem verhängnisvollen Druck zu werden droht«<sup>24</sup>. Der Minister hatte sich geweigert, dem Präsidenten der Thüringer Landesbank Walter Loeb nur deshalb das Vertrauen zu entziehen, weil er Jude war.<sup>25</sup> Die vvL hingegen beharrte auf ihrer Forderung Loeb zu entlassen, sodass es zu einer ersten Kraftprobe zwischen ihr und dem roB kam, die sie letztlich für sich entschied.<sup>26</sup>

## **Demokratie und Kulturabbau. Die Ordnungsbundregierung und die Schwäche der Opposition**

Bereits in den ersten Wochen ihrer Tätigkeit begann die Ordnungsbundregierung die zentralen Elemente der sozialdemokratischen Reformpolitik, die Demokratisierung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse sowie die Modernisierung im Bildungs- und Kulturbereich zu beseitigen. Die Art und Weise, wie dies erfolgte machte kenntlich, dass es der rechtskonservativ-völkisch-nationalsozialistischen Landtagsmehrheit dabei um eine grundlegende Veränderung der politischen Kultur ging. Eingeleitet mit der Abschaffung der staatlichen Feiertage am 1. Mai und 9. November, wickelte der Ordnungsbund die Ergebnisse der sozialdemokratischen Reformpolitik zunächst über den Weg der Notgesetzgebung<sup>27</sup> ab. Er machte damit ein weiteres wesentliches Motiv seines Agierens kenntlich: Es ging ihm in der Hauptsache um eine weitgehende Einschränkung der parlamentarischen Demokratie und der Kontroll- und Einwirkungsmöglichkeiten der Opposition. Diese habe, so der DVP-Landtagsabgeordnete Witzmann rückblickend, die Ordnungsbundregierung mit kleinen und großen Anfragen, Anträgen und Gesetzesvorlagen überschüttet. Deshalb mussten die parlamentarischen Rechte durch die Landtagsmehrheit eingeschränkt werden.<sup>28</sup> Die Notgesetzgebung über den Weg des Erlasses von Regierungsverordnungen mit vorübergehender Gesetzeskraft war durch die Thüringer Landes-

<sup>24</sup> Stenographische Berichte über die Sitzungen des III. Landtag von Thüringen. Weimar o. J. S. 524.

<sup>25</sup> Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 18.02.1924.

<sup>26</sup> Leimbach, Timo: Landtag von Thüringen 1919/20–1933. Düsseldorf. 2016. S. 179/180.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 230.

<sup>28</sup> Witzmann, Georg: Thüringen von 1918–1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan. S. 111.

verfassung zwar formal gedeckt.<sup>29</sup> Die sozialdemokratische Landesregierung hatte zwischen 1921 und 1923 ebenso auf diese Möglichkeit zurückgegriffen, jedoch im Unterschied zum Ordnungsbund den Landtag über den Weg der Notgesetzgebung bei grundlegenden Entscheidungen weder umgangen<sup>30</sup> noch die vom Parlament zuvor beschlossenen Gesetze »zertrümmert«<sup>31</sup>.

Wenngleich der Thüringer Ordnungsbund aufgrund der wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Erfordernisse in einigen Bereichen gar nicht umhin kam, den von der sozialdemokratischen Vorgängerregierung eingeschlagenen Weg fortzusetzen, bildeten die Sonderinteressen seiner Klientel den tatsächlichen Maßstab beim Umgang mit den von der Vorgängerregierung eingeleiteten Veränderungen. Die Kreiseinteilung, mit der das bis 1920 in acht Kleinstaaten zersplitterte Territorium neu geordnet worden war, ließ er unangetastet. Der Ausbau der Saaletalsperren wurde fortgesetzt<sup>32</sup> und mit der 1926 beschlossenen Landesverwaltungsordnung, wenngleich inhaltlich von der Thüringer Sozialdemokratie massiv kritisiert,<sup>33</sup> der weitere Aufbau des Landes fortgesetzt. Die Zusammenlegungen kleinerer Gemeinden wurden hingegen weitgehend rückgängig gemacht, wobei der DVP-Landtagsabgeordnete Georg Witzmann rückblickend einräumte, dass hierbei »oftmals kleinliche finanzielle Gesichtspunkte oder ein im Grunde unberechtigter Hader zwischen den Gemeinden die entscheidenden Beweggründe«<sup>34</sup> waren. Insbesondere aus sozialdemokratischer Perspektive blieben von der kommunalen Selbstverwaltung und den demokratischen Ansätzen der sozialdemokratischen Kommunalreformen aus dem Jahr 1922 fast ebenso wenig übrig wie von der Greil'schen Schulreform.<sup>35</sup> Der reaktionäre Charakter der Kulturpolitik des Landes Thüringen unter der Ordnungsbundregierung kam ebenso mit der Vertreibung des Bauhauses aus Weimar zum Ausdruck. Dessen moderne, auf Veränderung und Erneuerung orientierte Ausrichtung war seit seiner Gründung 1919 bei Teilen des Weimarer Bürgertum auf eine Ablehnung gestoßen, die im weiteren Verlauf der Entwicklung immer massiver wurde. Dementsprechend entzog die Ordnungsbundregierung dem Bauhaus neben der politischen Unter-

<sup>29</sup> Leimbach: Landtag. S. 225.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 228.

<sup>31</sup> Der politische Kampf um die Gestaltung des Landes Thüringen. Bericht der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion 1924–1926. Gera 1926. S. 29.

<sup>32</sup> Leimbach: Landtag. S. 251/252.

<sup>33</sup> Der politische Kampf. S. 48/49.

<sup>34</sup> Witzmann: Thüringen. S. 117/118.

<sup>35</sup> Der politische Kampf. S. 50–54 und S. 189–200.

stützung schlicht die finanziellen Mittel.<sup>36</sup> Obwohl sich weitere moderne bürgerliche Kultur-, reformpädagogische und sozialistische Bildungsinstitutionen trotz Ordnungsbund zunächst partiell noch halten konnten, »verschoben sich die Gewichte kultureller Hegemoniekämpfe zugunsten republikfeindlich eingestellter »völkisch«-nationalistischer Kreise, die immer lautstarker Weimar als »Symbol und Heimstätte des wahren deutschen Geistes« für sich beanspruchten.«<sup>37</sup> Besonders reaktionär war die тов-Politik gegenüber Frauen. Sie beseitigte mit ihrer Personalpolitik die ohnehin erst in den Anfängen steckenden Bemühungen ihrer Vorgängerregierung zur Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Bereich. Die Frauenfeindlichkeit des leitenden Staatsministers Leutheußer ging so weit, dass sich die Sozialdemokratin Emma Sachse, die Kommunistin Agnes Schmidt und die Demokratin Dr. Marie Schulze zu einem gemeinsamen Protest gegen dessen Aussagen veranlasst sahen.<sup>38</sup>

Obwohl dieses Beispiel zeigt, dass es unter den drei Oppositionsparteien SPD, KPD und DDP in ihrer Ablehnung der Ordnungsbundpolitik durchaus Gemeinsamkeiten gab, konnten sie sich auf keinen Minimalkonsens zur Ablösung der Ordnungsbundparteien aus der Regierungsverantwortung einigen. »Während Thüringen, wie in früheren Zeiten, so heute erst recht, hätte beherrscht sein sollen von der Wirtschaftspolitik der Handelsverträge und Weltmarktsgewinnung, ist es von zwei ganz anderen Rücksichten beherrscht, von den Interessen eines kleinen Teils des Grundbesitzes und von einem sinnlosen monarchistischen Epigonentum – von einen den wahren Interessen des Landes direkt zuwiderlaufenden stimmungsmäßigen Widerstand gegen Republik und Demokratie«, schrieb die im Thüringer Wahlkreis gewählte demokratische Reichstagsabgeordnete Getrud Bäumer unmittelbar vor der Landtagswahl am 30. Januar 1927. »Es soll nicht verkannt werden«, fügte sie hinzu, »dass an der Entstehung dieser Stimmung und an dem Zusammenschluss von Parteien nur mit dem sehr dürftigen politischen Programm der »Ordnung« die thüringische Sozialdemokratie nicht ohne Schuld ist.«<sup>39</sup> Nach wie vor kritisierte die DDP die konsequent republikanische Politik der Thüringer Sozialdemokratie als einseitige Parteipolitik und hielt an ihrem Kurs auf eine Große Koalition fest, obwohl ihr hierzu die Partner fehlten. Auf der anderen Seite war die

<sup>36</sup> Wahl, Volker (Hrsg.): *Das Staatliche Bauhaus in Weimar. Dokumente zur Geschichte des Instituts 1919–1926.* Köln Weimar Wien 2009. S. 47–49.

<sup>37</sup> John, Jürgen: *Quellen zur Geschichte Thüringens 1918–1945.* Erfurt 1996. Einführung. S. 33/34.

<sup>38</sup> *Stenographische Berichte III. Landtag.* S. 1368.

<sup>39</sup> *Vossische Zeitung,* 29.01.1927.



KPD lediglich bereit, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung ohne DDP-Beteiligung zu tolerieren.<sup>40</sup> Obwohl insbesondere die Thüringer KPD unter ihrem Bezirkssekretär Hans Tittel zu diesem Zeitpunkt versuchte, die ultra-linken Irrungen und Wirrungen der Ruth-Fischer-Ära hinter sich zu lassen, war sie von ihrer Einheitsfrontpolitik der Jahre 1921/22 weit entfernt. »Der reinparlamentarischen, irreführenden Losung von der »Wiederherstellung der sozialistischen Mehrheit in Thüringen«, die die SPD-Führer erheben, stellt die KPD ihre Losung: »Für ein rotes Arbeiter-Thüringen« gegenüber.« Damit meinte die KPD letztlich die außerparlamentarische Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft, der Mittelschichten und der ländlichen Bevölkerung, da »der Kampf um die politische Macht auch in Thüringen nicht im Parlament, sondern nur auf dem Wege des revolutionären Kampfes und im Reichsmaßstabe erfolgreich geführt werden kann.«<sup>41</sup> Auf dem Bezirksparteitag zur Vorbereitung der Landtagswahl hatte Tittel zwar die Verhinderung einer erneuten Mehrheit für den Ordnungsbund als Wahlziel ausgegeben, doch zugleich müsse die Partei ihre Angriffe gegen die reformistische SPD, die »die letzte Stütze des Ordnungsbundes«<sup>42</sup> darstelle, richten. Für die Thüringer Sozialdemokratie war damit der Beweis erbracht, dass sich die KPD trotz eigener bitterer Erfahrungen mit der TOB-Regierung nicht geändert hätte und in der Bekämpfung und Beschimpfung der SPD ihre eigentliche Hauptaufgabe sehe. In ihrem Wahlauf Ruf zur Landtagswahl nahm die Thüringer Sozialdemokratie für sich in Anspruch, »allein und unermüdlich gegen die Reaktion gekämpft«<sup>43</sup> zu haben.

## **Thüringen unter dem Ordnungsbund. Hochburg der Republikfeindschaft und des Rechtsextremismus**

Mit der Entlassung sozialistischer und demokratischer Männer und Frauen aus dem Staatsdienst und deren Ersetzung durch monarchistische Beamte schwächte die Thüringer Ordnungsbundregierung ebenso die Weimarer Republik wie mit ihrer Begünstigung der extremen Rechten.

<sup>40</sup> Leimbach: Landtag, S. 185.

<sup>41</sup> Neue Zeitung, 29.01.1927.

<sup>42</sup> Neue Zeitung, 26.12.1926.

<sup>43</sup> Das Volk, 08.01.1927.

Am 29. Februar 1924 hatte der Vorsitzende der völkisch-nationalsozialistischen Landtagsfraktion Artur Dinter in der Debatte zur Regierungserklärung des Ordnungsbundes seine Tolerierungsbedingungen diktiert. Neben den bereits im Vorfeld der Regierungsbildung bekannt gewordenen Forderungen ging es ihm nun um die Aufhebung des Republikschutzgesetzes, des in Thüringen geltenden Verbots völkischer und rechtsextremer Organisationen sowie dem Schutz der völkisch-nationalsozialistischer Versammlungen und Kundgebungen vor Gegenprotesten.<sup>44</sup> Die Ordnungsbundregierung erfüllte diese Bedingungen umgehend. Am 3. März 1924 hob Innenminister Sattler das Verbot von NSDAP und DVFT in Thüringen auf.<sup>45</sup> Einen Tag zuvor hatte die Landespolizei mit einem massiven Aufgebot einen sogenannten »Deutschen Tag« verschiedener rechtsextremistischer Organisationen abgesichert und war gleichzeitig gewaltsam gegen kommunistische Gegen- und Protestaktionen vorgegangen.<sup>46</sup> Damit wurde kenntlich, was sich in den kommenden Wochen und Monaten wiederholen sollte. Während die Ordnungsbundregierung mehrfach republikanische Kundgebungen verbot, gestattete sie der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, ihren Parteitag – der sich nicht zuletzt sowohl inhaltlich als auch im Auftreten seiner Teilnehmenden gegen die Republik und die sie Unterstützenden richtete – zwischen dem 15. bis 17. August 1924 durchzuführen.<sup>47</sup> Thüringen wurde für die NSDAP zu einem günstigen Betätigungsfeld, weil hier die Ordnungsbundregierung ihre Aktivitäten kaum behinderte. Hitler, der Mitte der 1920er-Jahre mit einem Redeverbot innerhalb der Weimarer Republik belegt war, durfte in Thüringen seit dem Herbst 1925 öffentliche Kundgebungen abhalten und rednerisch auftreten. Dementsprechend fiel die Wahl des Ortes für den ersten Reichsparteitag seit Wiedergründung der NSDAP Anfang Juli 1926 auf Weimar.<sup>48</sup>

Wenngleich sich der Einfluss der Völkischen und der NSDAP auf die thüringische Regierungspolitik infolge interner Macht- und Richtungskämpfe bereits im Frühjahr 1924 zu verringern schien,<sup>49</sup> blieben ihre Abgeordneten in den entscheidenden landespolitischen Auseinandersetzungen letztlich

<sup>44</sup> Stenographische Berichte III. Thüringer Landtag. S. 168–170.

<sup>45</sup> Gesetzessammlung für Thüringen (Jg. 1924). Nr. 15. S. 150.

<sup>46</sup> Neue Zeitung, 03.03.19247.

<sup>47</sup> John, Jürgen: Quellen zur Geschichte Thüringens 1918–1945. Erfurt 1996. S. 123–125. Dok. 13 c.

<sup>48</sup> Tracey: Der Aufstieg der NSDAP. S. 61–63. Begleitet war dieses Nazi-Treffen von massiven Ausschreitungen seiner Teilnehmer. Große Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vom 5. Juli 1926. In: Drucksachen des III. Landtages von Thüringen (Vorlagen, Anträge, Große Anfragen) 1924–1927. Bd. II. Weimar. o. J. Nr. 425. S. 714/715. Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland, 06.07.1926. Das Volk, 05. und 06.07.1926.

<sup>49</sup> Tracey: Der Aufstieg der NSDAP. S. 54.

jene, die den Ausschlag gaben. Indem die Thüringer Rechtsparteien unter Einschluss der NSDAP Ende Oktober 1929 die seit der Wahl zum iv. Thüringer Landtag am 30. Januar 1927 amtierende Minderheitsregierung unter Arnold Paulssen (DDP) auf eine Ablehnung des Young-Planes<sup>50</sup> festzulegen versuchte, führte dies zu deren Ende und vorzeitigen Neuwahlen zum v. Thüringer Landtag.<sup>51</sup> In deren Ergebnis gelang der NSDAP unter direkter Einflussnahme Hitlers erstmals die Beteiligung an einer Landesregierung, in der der wegen seiner Beteiligung am Hitler-Putsch 1924 zu Gefängnis und 1946 vom Internationalen Militärtribunal wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilte Wilhelm Frick die Schlüsselstellung des Innen- und Bildungsministers bekleidete.<sup>52</sup>

<sup>50</sup> Mit dem Young-Plan wurden die von Deutschland zu zahlenden Reparationen als Wiedergutmachung für die im Ersten Weltkrieges angerichteten Schäden endgültig geregelt. Obwohl der Young-Plan bei für Deutschland durchaus vorteilhaft war, machte die extreme Rechte gegen seine Ratifizierung mobil. Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik. München 2002. S. 121.

<sup>51</sup> Leimbach: Landtag. S. 193/194.

<sup>52</sup> Neliba, Günter: Wilhelm Frick und Thüringen als Experimentierfeld für die nationalsozialistische Macht-ergreifung. In: Heiden, Mai (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen. S. 75–94.